



Resolution des US Repräsentantenhauses

120 US POLITIKER FORDERN OBAMA ZUM STOPP DER UMSIEDLUNG IRANISCHER DISSIDENTEN AUF

Mehrere US Politiker fordern den Präsidenten auf, den irakischen Plan, welcher vorsieht, am 15. Dezember die Bewohner von Ashraf im Land mit Gewaltanwendung umzusiedeln, zu stoppen. Kongressabgeordneter Bob Filner aus Kalifornien, der eine Resolution erbrachte, in der die Abgeordneten des Repräsentantenhauses die Bewohner von Ashraf unterstützen, wies das Augenmerk während einer Pressekonferenz am Dienstag auf die Notlage der PMOI hin.

15. Dezember 2009

WASHINGTON (AFP)



US Politiker des

Repräsentantenhauses forderten Präsident Obama auf, die Entscheidung der irakischen Regierung zur Umsiedlung von iranischen Dissidenten aus einem Camp, das geschlossen werden soll, rückgängig zu machen.

Fortsetzung Seite 3



Mike Coffman, Republikaner - Colorado, links, hören zu, als Bob Filner, Demokrat - Kalifornien (beide Abgeordnete des Repräsentantenhauses der USA) eine Rede auf einer Pressekonferenz über die Situation in Camp Ashraf, Irak, hält. Camp Ashraf ist die Heim von 3400 Mitgliedern der PMOI. Die Pressekonferenz findet am 15. Dezember 2009 im Capitol Hill, Washington, statt (Foto: AP).

2172 französische Bürgermeister verurteilen die Entscheidung zur Umsiedlung der Bewohner von Ashraf

Auf einer Pressekonferenz am Dienstag in Paris wurde eine Deklaration vorgestellt, die von 2172 französischen Bürgermeistern unterzeichnet wurde, in der sie die Entscheidung über eine gewaltsame Umsiedlung der Bewohner von Camp Ashraf verurteilen. In Ashraf leben ca. 3400 iranische Dissidenten im Irak.

In ihrer Erklärung beziehen die französischen Bürgermeister sich auch auf die Resolution des EU Parlamentes vom 24. April und erklären: „Die Bewohner von Camp Ashraf sind geschützte Personen unter der vierten Genfer Konvention und die irakische Regierung muss ihre Rechte respektieren,

Seite 2



UN Vollversammlung tadelt ernsthafte und andauernde Verletzung der Menschenrechte im Iran



Am 18. Dezember 2009 verabschiedete die Vollversammlung der Vereinten Nationen eine in scharfen Worten gefasste Entschliessung und verurteilt damit "die ernsthaften und andauernden Menschenrechtsverletzungen" im Iran, sowie die zunehmende Zahl der Hinrichtungen durch den Strang und Steinigungen, sowie die Diskriminierung und brutale Unterdrückung von Frauen und ethnischen sowie religiösen Minderheiten, die Gewalt gegen die Protestler und die Einschüchterung der Demonstranten durch die staatlichen Milizen, die zu einer großen Zahl von Todesfällen, Verwundeten und Massenprozessen geführt hat und die durch Folter und Vergewaltigung erzwungenen Geständnisse. Die

Fortsetzung Seite 2



2172 französische Bürgermeister verurteilen die Entscheidung zur Umsiedlung der Bewohner von Ashraf



Senator Jean-Pierre Michel, Bürgermeister von Heri Kur, überreicht die Erklärung der Bürgermeister an Frau Rajavi

Von Seite 1



„ihre Ausweisung oder eine Umsiedlung ablehnen und die Belagerung gegen sie beenden.“

Die Konferenz fand unter Vorsitz des Senators Jean Pierre Michel, dem Bürgermeister von Heri Kur statt und wurde von mehreren weiteren Bürgermeistern besucht. Dr. Saleh Rajavi, der Vertreter des Nationalen Widerstandsrates Iran in Frankreich, sprach ebenfalls auf der Veranstaltung.

Frau Maryam Rajavi, die gewählte Präsidentin des Nationalen Widerstandsrates Irans, ließ der Konferenz eine Nachricht zukommen, in der sie die Erklärung der 2172 französischen Bürgermeister lobte, die damit die Rechte des iranischen Widerstandes für Demokratie und Freiheit unterstützen. Frau Rajavi erklärte, dass das Regime nach dem Scheitern der Niederschlagung der Aufstände nun versucht, das Camp von Ashraf zu zerstören, um den Weg für weitere Unterdrückungen der iranischen Volksaufstände zu ebnen. Aber die Entschlossenheit der Bewohner von Ashraf und der Proteste im Iran werden in Zukunft zu einem freien und demokratischen Iran führen.

Senator Michel fügte hinzu: Was die Regierung im Irak tut, ist einzig und allein die Erfüllung der Forderungen des iranischen Regimes und ist ein Zeichen für steigende Instabilität in Teheran.



Le Monde

« Le Monde Education »
Apprend-on à être français à l'école?
Entretien : Jean-François Copé (UMP)

Cinéma
«Max et les Maximonstres»
du livre à l'écran

Mercredi 23 décembre 2009 - 15,00 € - 100 pages - www.lemonde.fr

Appel contre la répétition d'une catastrophe humanitaire visant 3400 opposants iraniens en Irak

- A la demande du régime iranien, les forces irakiennes ont pris d'assaut en juillet le camp d'Achraf, faisant 11 morts, 500 blessés et 36 otages parmi les résidents
- Le gouvernement irakien envisage un déplacement forcé des résidents d'Achraf, ce qui entraînerait une catastrophe encore plus tragique

PLUS DE 2000 MAIRES DE FRANCE APPELLENT L'ONU ET LES ETATS-UNIS À EMPÊCHER LE DÉPLACEMENT FORCÉ DES RÉSIDENTS DU CAMP D'ACHRAF EN IRAK

Iranischer Widerstand übergibt "Neda" Statue an Sprecher des italienischen Parlamentes

Eine Statue von Neda, einer jungen Frau, die vom iranischen Regime während der landesweiten Aufstände im Iran getötet wurde, wurde im Namen von Frau Maryam Rajavi, der gewählten Präsidentin des Nationalen Widerstandsrates Iran, an Gianfranco Fini, dem Sprecher des italienischen Parlamentes, am 7. Dezember übergeben.

Die Skulptur wurde von Reza Olia, einem NWRI Mitglied, welches die Skulptur hergestellt hatte, an Herrn Fini überreicht. Ebenfalls dabei waren Herr Abolghassem Rezai, der stellvertretende Generalsekretär des NWRI, und Repräsentant des iranischen Widerstandes in Italien.



Von Seite 1



Resolution wurde trotz der Tatsache verabschiedet, dass das klerikale Regime bis zuletzt in vielen Hauptstädten und in Genf und New York versucht hatte, die Resolution zu verhindern. Wie üblich wurden Versprechungen gemacht und Einschüchterungen unternommen, um die Verabschiedung der Resolution der UN Vollversammlung zu stoppen. Dazu setzte das iranische Regime dieses Mal alle zu Verfügung stehenden Kapazitäten ein.

Frau Maryam Rajavi beschrieb die 57. Resolution zur Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen als eine klare Stimme der internationalen Gemeinschaft zur Ablehnung des herrschenden religiösen Regimes im Iran und ergänzte: Nach der Verabschiedung der Resolution und den Umständen im Land, wo die Menschen „Nieder mit Khamenei“ und „Nieder mit dem Diktator“ millionenfach in den Straßen des Iran rufen und wo Portraits des obersten Führers der Mullahs, Ali Khamenei, vom Volk in Brand gesteckt werden, ist jede Form von Verhandlungen, Konzessionen oder Beschwichtigung in Richtung

des Regimes eine Anerkennung seiner Legitimität und ein unwiderruflicher Fehler. Verträge und Vereinbarungen mit einem Regime abzuschließen, das kurz vor dem ultimativen Sturz steht, führt zu nichts, außer zu kurzfristigen Katastrophen und missachtet die Freundschaft zu dem iranischen Volk.

Frau Rajavi forderte die Übergabe des Dossiers über Menschenrechtsverletzungen im Iran an den UN Sicherheitsrat und die Verabschiedung von bindenden und sofortigen Maßnahmen. Die gewählte Präsidentin des iranischen Widerstandes fügte auch hinzu, dass die Verabschiedung von wirksamen Sanktionen gegen das Regime, welches Atomwaffen erlangen will und brutale Menschenrechtsverletzungen durchführt, ein notwendiger internationaler Schritt ist.

120 US POLITIKER FORDERN OBAMA ZUM STOPP DER UMSIEDLUNG IRANISCHER DISSIDENTEN AUF

Von Seite 1 →

Kongressabgeordneter Bob Filner aus Kalifornien, der eine Resolution zur Unterstützung der Bewohner von Ashraf vor dem Repräsentantenhaus erbrachte, sorgte auf einer Pressekonferenz am Dienstag für die Aufmerksamkeit der Besorgnisse der PMOI.

„Wir sind hier, um jeden aufzurufen, der uns zuhört, damit die US Regierung die irakische Regierung davon abhält, die Bewohner von Camp Ashraf gewaltsam umzusiedeln“, sagte er gegenüber den Reportern.

Die Resolution wird von 131 Mitgliedern des Repräsentantenhauses unterstützt. In der heißt es:

- Wir bedauern die fortwährende Gewalt der irakischen Sicherheitskräfte gegen die Bewohner von Camp Ashraf

- Wir rufen die irakische Regierung auf, die Vereinbarung mit den USA einzuhalten, in der ein Wohlergehen der Bewohner von Ashraf und eine Verhinderung jeder unfreiwilligen Rückkehr in den Iran versprochen wurde

- Wir rufen den US Präsidenten auf, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, die Vereinbarungen einzuhalten und sie unter internationalem Recht und den entsprechenden Verpflichtungen umzusetzen, damit die Sicherheit und der Schutz der Bewohner von Camp Ashraf eingehalten wird.

Kongressabgeordneter Filner, der ebenfalls Mit-Vorsitzender im Ausschuss für iranische Menschenrechte und Demokratie im Kongress ist, erklärte: „Gerade erst gestern sprach Frau Clinton mit Personen aus der ganzen Welt über die Menschenrechte. Aktuell haben wir einen Fall, wo es um Menschenrechte geht und das dringend und wir erwarten von der Außenministerin und vom US Präsidenten, wir erwarten von der gesamten US Regierung, dass sie die Menschen in Ashraf schützt.“

„Sie sind iranische Dissidenten; sie sind Menschen, die uns mit hilfreichen Informationen über den Iran versorgen. Sie sind Menschen, auf die wir zählen sollten und die wir schützen müssen. Wir haben im Repräsentantenhaus eine Resolution verfasst, welche den Präsidenten aufruft, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, damit die Vereinbarungen mit der US Regierung eingehalten werden, welche den Schutz und die Sicherheit für die Bewohner von Camp Ashraf vorsehen. Wir denken, dass der Kongreß und diese Administration alles unternehmen sollte, damit der Schutz für diejenigen gewährleistet ist, die an unserer Seite im Kampf gegen das tyrannische iranische Regime stehen.“



Kongressabgeordneter Dana Rohrabacher aus Kalifornien

Wir haben nicht Milliarden ausgegeben und unser Blut vergossen, um zu sehen, dass die Exiliraner im Irak von der Regierung angegriffen wird, die wir eingesetzt haben. Dies ist nicht zu tolerieren. Wir sollten genau beobachten, was dort geschieht. Diese tapferen Personen sind Menschen, die gegen die Mullahdiktatur im Iran kämpfen. Wenn wir sie den Wölfen zum Fraß vorwerfen, wenn ihre Menschenrechte verletzt werden, wenn

sie unmenschlich behandelt werden, dann wird die irakische Regierung einen hohen Preis zahlen. Der Geruch eines widerwärtigen Deals zwischen der irakischen Regierung und der Diktatur der Mullahs wird dann in der Luft liegen.

Die USA kann nicht zusehen und dies geschehen lassen. Wir erkennen die Souveränität der irakischen Regierung an, aber das heißt nicht, dass wir Menschenrechtsverletzungen gegenüber Menschen dulden, die selbst Demokratie und Freiheit in den Iran bringen wollen. Dies ist eine sehr ernste Angelegenheit.

Wir beobachten sehr genau und die irakische Regierung muss begreifen, dass sie die Menschenrechte derjenigen nicht verletzen darf, die gegen das Mullah-Regime kämpfen. Was immer auch passiert, wir werden hinsehen und sie werden nicht unbeobachtet das tun können, was sie mit diesen tapferen Seelen anstellen wollen.

Kongressabgeordneter Michael Coffman aus Colorado

Ich fordere die irakische Regierung auf, die Menschenrechte derjenigen zu respektieren, die in Camp Ashraf leben. Sie sind politische Flüchtlinge und eine Umsiedlung würde sie in große Gefahr bringen. Der Irak ist ein souveräner Staat, aber eine gewaltsame Umsiedlung der Bewohner von Ashraf macht sie vom Willen des Iran abhängig und ist damit auch kein Ausdruck von Souveränität mehr. Ich denke es ist wichtig, dass sie die Rechte der Bewohner von Ashraf als politische Flüchtlinge anerkennen.



Mike Coffman, Republikaner - Colorado (links) hört zu, als Bob Filner, Demokrat - Kalifornien (beide Mitglieder des Repräsentantenhaus) eine Rede auf der Pressekonferenz am 15. Dezember 2009 in Washington zur Situation in Camp Ashraf (Irak) hält. Ashraf ist die Heimat von 3400 iranischen Exilanten. (AP Photo/ Evan Vucci)

Kongressabgeordneter Ted Poe aus Texas



Es kann nicht unbemerkt bleiben, dass das unterdrückende iranische Regime versucht, seinen Einfluss auf die irakische Administration geltend zu machen, um die guten Menschen in Camp Ashraf an unbekannte Orte zu verlegen. Viele von uns im Kongress und viele Menschen in den USA wissen von dieser Tragödie, doch wir werden genau schauen, was dort passiert. Wir fordern und erwarten von der irakischen Regierung, dass sie die Sicherheit dieser Menschen garantiert. Wenn ihnen etwas geschieht, dann geht dies zu Lasten der irakischen Regierung, die unter dem Einfluss des iranischen Regimes steht. Wir hoffen, dass die Iraker den Genfer Konventionen folgen und die Sicherheit dieser Menschen garantieren, diese Menschen wollen nur eins: Freiheit.

Das Recht, alleine zu bestimmen, das Recht, nicht unterdrückt zu werden, egal ob durch die eigene oder durch fremde Regierungen. Die Menschen von Ashraf und ihre Familien, die in der ganzen Welt verstreut sind, sind in Sorge. Wir müssen den Freiheitswillen der Menschen aus Ashraf unterstützen und werden so lange nicht aufhören, bis sie in einer sicheren Umwelt leben.

Von Seite 1 →

Politiker fordern Obama auf, Umsiedlung iranischer Dissidenten zu stoppen

Agentur France Press

24 Jahre, nachdem die Volksmohajedin Iran (PMOI) aus dem Iran fliehen mussten, weil sie in Opposition zum islamischen Regime in Teheran stehen, lehnten sie am Dienstag die Anordnungen der irakischen Regierung zur Räumung des Camps ab.

Der irakische Premierminister Nuri-al Maliki will die mehr als 3000 ehemaligen Kämpfer mit ihren Familien in ein neues Camp in die südliche Wüste von Bagdad als ersten Schritt in Richtung Ausweisung aus dem Irak verlegen lassen.

Demokrat Bob Filner, der eine Resolution zur Unterstützung der Flüchtlinge im Repräsentantenhaus präsentierte, lenkte die Aufmerksamkeit auf einer Pressekonferenz am Dienstag auf die ernsthafte Lage der PMOI.

„Wir sind hier, um jeden aufzurufen, die irakische Regierung und die US Regierung, eine gewaltsame Umsiedlung der Bewohner von Cap Ashraf zu beenden“, sagte er gegenüber Reportern.

Komitee für die Unterdrückung von Ashraf besteht auf Umsiedlung der Bewohner

Um 11:30 Uhr, am Dienstag den 15. Dezember, kamen 37 Polizeifahrzeuge nach Ashraf. In den Fahrzeugen waren unter anderem Mitarbeiter des unterdrückenden irakischen Komitees mit dem Namen "Komitee zur Schließung von Ashraf".

Ca. 50 Reporter, Kameraleute und Fotografen kamen ebenfalls mit dem Konvoi nach Ashraf. Nach einem langen Medienbann lud in der letzten Woche ein Sprecher der irakischen Regierung Reporter ein, damit sie eine Reportage über diejenigen machen können, die Ashraf verlassen wollen, nachdem ihnen das so genannte Komitee ein Angebot gemacht hat.

Die Bewohner von Ashraf ließen die Polizei ohne Widerstand in die Stadt und ließen alle Türen und Gebäude geöffnet, damit die Polizei, die irakischen Mitarbeiter und Reporter hin betreten konnten.

Die PMOI Vertreter erklärten gegenüber den Reportern: Die Bewohner von Ashraf bleiben

aufgrund ihres freien Willens in Ashraf, jeder einzelne hat seine Entscheidung den Mitarbeitern des Menschenrechtskomitees in 19 Tage lang andauernden Interviews unter Anwesenheit von US Kommandeuren erklärt. Im Gegensatz zu den Machthabern im Iran respektieren die Bewohner von Ashraf die Souveränität des Irak, dennoch ist eine gewaltsame Umsiedlung oder der Einsatz bewaffneter Einheiten oder gewaltsame Methoden, wie bei dem Angriff am 28. und 29. Juli geschehen (damals wurden 11 Personen getötet und 500 verletzt), kein Ausdruck von irakischer Souveränität, sondern er ist eine Untergrabung der Souveränität des Irak durch das iranische Regime.

Nachdem Treffen mit den Vertretern der PMOI gingen irakische Einheiten in erheblicher Zahl auf die Straßen und zu verschiedenen Plätzen in Ashraf und verteilten Flugblätter und ließen Lautsprecherdurchsagen erschallen, dass "die irakische Regierung die Bewohner der



AFP - Members of the Iranian opposition group People's Mujahedeen, and their relatives demonstrate against a decision to move them at Camp Ashraf

Camps an einen anderen Ort bringen will" und "dass sich gewillte Personen bei einer Polizeistation oder den Polizeifahrzeugen melden können".

Mitarbeiter des Komitees und die irakischen Einheiten, begleitet von Journalisten, besuchten verschiedene Orte in Ashraf und

sprachen direkt mit den Bewohnern von Ashraf. Doch im Gegenteil, trotz mehrfacher Einladungen entschloss sich kein einziger Bewohner zu gehen, sich dessen bewusst, was sie von den Angeboten zu halten haben. So fuhren die Minibusse leer zurück, welche die Bewohner mitnehmen wollten.

Parlamentarier aus Großbritannien unterstützen Bewohner von Camp Ashraf

Bei einem Treffen des britischen parlamentarischen Komitees für die Freiheit des Iran am 9. Dezember unter Vorsitz von Lord Corbett von Castle Vale, sprachen Mitglieder über alle Parteien hinweg über die neuen Bedrohungen der irakischen Regierung in Hinblick auf die Bewohner von Camp Ashraf. Es wurde eine generelle Übereinstimmung darin gefunden, dass die UN sofort eingreifen muss, um weitere Gewalt in der Region zu verhindern.

Redner auf dem Treffen waren Lord Waddington, früherer Innenminister; Lord Dholakia, stellvertretender Vorsitzender der Demokratischen Liberalen Fachkräfte; Bornin Boothroyd, frühere Sprecherin des Unterhauses; Baronin Turner, frühere stellvertretende Sprecherin; Lord Clarke, früherer Vorsitzender der Labour Partei; Lord Cotter, Lord Hilton; Lord Inglewood, Andrew Mackinlay, Mitglied des auswärtigen Ausschusses; David Drew, Parlamentarier und Roger Gale, ebenfalls Parlamentarier. Ebenso nahmen die bekannten Anwälte David Vaughn, Mark Stevens und Margaret Owen sowie Dowlat Nowruz, die Vertreterin des NWRI in Großbritannien, an der Sitzung teil. Lord Corbett, der Vorsitzende des Komitees erklärte: „Die irakische

Regierung muss wissen, dass die Welt zusieht und nicht zulassen wird, dass sie weitere Verbrechen begehen.“ Er glaubt auch, dass der Irak einen „Pakt mit dem Teufel (dem iranischen Regime)“ getroffen hat. Lord Corbett fordert die UN auf, formell ihre Ablehnung zur Umsiedlung der Bewohner von Ashraf zu bekennen und vor Ort präsent zu sein, damit eine weitere Auseinandersetzung gar nicht erst entstehen kann.

In ihrer Rede hob Baronin Boothroyd die Tatsache hervor, dass Bagdad die Lieferungen von Treibstoff, Medizin und medizinischem Personal nach Camp Ashraf behindere und dass dies „einen massiven Bruch internationalen Völkerrechts“ bedeute. Sie kommentierte auch die grauenhaften Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Bewohnern von Ashraf und ergänzte, dass das Ziel des Irak sei, sie im Irak rechtlos zu machen, damit „sie hingeschlachtet werden“.

Frau Rajavi, die gewählte Präsidentin des iranischen Widerstandes, äußerte sich ebenfalls in einer Videobotschaft. Sie erklärte, dass die Mullahs solche Angst vor den Aufständen im Iran haben, dass sie Ashraf als Ort der



Oben: Von links nach rechts: David Drew, David Vaughan, Lord Clark, Dowlat Nowrouzi, Lord Corbett, Lord Waddington and Lady Slyn

Unten - Von links nach rechts: Baroness Boothroyd, Lord Cotter, Margaret Owen,...



Inspiration auslösen wollen. Sie ergänzte, dass „Ashraf eine Bastion an vorderster Linie zur Verteidigung von Demokratie und Menschenrechte im Iran“ sei. Die gemeinsame Aussage des britischen parlamentarischen Komitees zur Freiheit für den Iran war, dass

die internationale Gemeinschaft, insbesondere die Regierungen der USA und Großbritanniens die moralische und politische Pflicht haben, Verantwortung zu übernehmen und den schutzlosen und unbewaffneten Bewohnern von Ashraf zu helfen.